
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 6

Kreisausschuss

am 12.08.2008

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Brigitte Cziehso
Hartmut Ganzke
Wolfgang Kerak
Hans-Jörg Piasecki
Heinz Steffen
Martin Wiggermann
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Jörg-Uwe Ebner
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Rotraud Niemann
Ursula Sopora
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Sigurd Senkel
Claudia Isenberg

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion

Herr Dr. Schiebold, L KfP
Herr Göpfert, Büro Landrat
Frau Waßen, Schriftführerin

Herr Schilken, Kreistagsmitglied
Herr Sieger, Kreistagsmitglied
weitere Angehörige der Verwaltung
Vertreter der Presse

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Er weist darauf hin, dass als Tagesordnungspunkt 2 der Beitrittsbeschluss des Kreistages zur Nebenbestimmung in der Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung behandelt werde. Der bisherige Punkt 2 „Genehmigung einer Dienstreise nach Nowy Sacz“ sei von der Tagesordnung abgesetzt worden, da es terminliche Probleme auf polnischer Seite gegeben habe.

Herr Senkel erinnert daran, dass seine Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Anträge zum Thema „Haushaltseinbringung und Verabschiedung“ bzw. „Verschiebung der Kreisausschuss- und Kreistagssitzung im Dezember 2008“ gestellt hätten. Herr Kreisdirektor Stratmann habe in Einzelgesprächen mit den Fraktionen einen Kompromissvorschlag bezüglich des Verfahrens der Haushaltsaufstellung 2009 gefunden. Für ihn sei es deshalb befremdlich, dass diese beiden Anträge nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu finden seien.

Herr Landrat Makiolla betont, dass beide Anträge für die Kreisausschuss- und Kreistagssitzung am 23. September 2008 gestellt worden seien. Er wolle er dieses Thema in der kommenden Ältestenratssitzung am 20. August vorbesprechen, um dann in den September-Sitzungen entsprechende Beschlüsse zu fassen. Wäre der Wunsch der Antragsteller an ihn herangetragen worden, die Anträge bereits in dieser Sitzung besprechen zu wollen, hätte er darin kein Problem gesehen.

Nach kurzer Diskussion wird vereinbart, die Anträge am 23. September 2008 zu behandeln. Sonstige Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

116/08

Wahl der Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen

Punkt 2

124/08

Haushaltssatzung des Kreises Unna

Beitrittsbeschluss des Kreistages zur Nebenbestimmung in der Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten

Punkt 3

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Bericht der Verwaltung über die Kostenentwicklung -

Punkt 4

106/08

Masterplan Energie und Klima;

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.07.2008

Punkt 5

Genehmigung einer Dienstreise;

Teilnahme von Mitgliedern des Kreistages an einer Informationsreise in der Zeit vom 30. August bis 4. September 2008 nach Nowy Sacz/Polen

- *von der Tagesordnung abgesetzt* -

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

101/08

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe der Rohbau- und Spezialtiefbauarbeiten -

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

116/08

Wahl der Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Jugendschöffen

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

In den Ausschuss zur Wahl der Schöffen/Schöffinnen und Jugendschöffen/-schöffinnen für die Amtsperiode 2009 bis 2013 werden für die jeweiligen Amtsgerichtsbezirke folgende Vertrauenspersonen gewählt:

Für den Amtsgerichtsbezirk Kamen:

1. Kerak, Wolfgang
2. Wiggermann, Martin
3. Dyduch, Marion
4. Plath, Martina
5. Krause, Helmut
6. Kiel, Elsbeth
7. Schneider, Anke

Für den Amtsgerichtsbezirk Lünen:

1. Cziehso, Brigitte
2. Piasecki, Hans-Jörg
3. Löhr, Mario
4. Ebner, Jörg-Uwe
5. Jasperneite, Wilhelm
6. Bremerich, Günter
7. Lenkheit, Silke

Für den Amtsgerichtsbezirk Schwerte:

1. Engelhardt, Bernd
2. Isenberg, Claudia
3. Freistühler, Hubert
4. Paul, Klaus-Jürgen
5. Dörner, Peter
6. Giedinghagen, Ute
7. Hosang, Andrea

Für den Amtsgerichtsbezirk Unna:

1. Steffen, Heinz
2. Lindstedt, Ursula
3. Teumert, Walter
4. Gebhard, Claudia
5. Barrenbrügge, Wolfgang
6. Sopora, Ursula
7. Bangert, Hans-Ulrich

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

124/08

Haushaltssatzung des Kreises Unna

Beitrittsbeschluss des Kreistages zur Nebenbestimmung in der Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann berichtet, dass er am vorigen Dienstag durch Herrn Regierungspräsidenten Diegel persönlich die Genehmigung der Haushaltssatzung des Kreises Unna erhalten habe. Allerdings enthalte die Genehmigungsverfügung verschiedene Nebenbestimmungen, die größtenteils unproblematisch seien. Unüblich und auch problematisch sei die Absenkung des Kreditrahmens von rd. 13,5 Mio Euro auf 2,9 Mio Euro. Es handele sich hierbei um eine aufschiebende Bedingung, die einen Beitrittsbeschluss des Kreistages erfordere. Solange dies nicht geschehen sei, könne das Rechtssetzungsverfahren nicht abgeschlossen werden und die Haushaltssatzung 2008 bleibe weiterhin schwebend unwirksam. Die Haushaltssatzung würde damit erst nach der Sitzung des Kreistages am 23. September Rechtskraft erlangen. Um diese Verzögerung zu vermeiden, schlage die Verwaltung vor, dass der Kreisausschuss im

Rahmen eines Dringlichkeitsbeschlusses über den Beitritt entscheiden möge. Herr Kreisdirektor Stratmann macht deutlich, dass es sich bei der Kreditabsenkung um die Summe der ordentlichen Tilgung von Krediten handele. Dies sei ein völlig ungewöhnlicher Vorgang, der in den vielen im Laufe des Genehmigungsverfahrens mit der Bezirksregierung geführten Gespräche und Schriftwechsel keine Rolle gespielt habe. Ein solches Verfahren werde grundsätzlich nur bei sogenannten Nothaushaltskommunen angewendet und sei im Falle des Kreises Unna aus seiner Sicht völlig unangemessen. Schließlich gebe es ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept mit dem Ziel, im Jahr 2010 den endgültigen Ausgleich zu schaffen. Es komme erschwerend hinzu, dass der Regierungspräsident bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigt habe, dass der Kreis aufgrund der Aktienverkäufe in diesem Jahr bereits Darlehenstilgungen in der Größenordnung von fast 7 Mio Euro geleistet habe. Gleichwohl, so Herr Kreisdirektor Stratmann weiter, gehe er davon aus, die in diesem Jahr vorrangig zu leistenden Investitionen wie das Feuerwehrservicezentrum über den Festbetrag aus der Kreditermächtigung 2007 finanzieren zu können. Als Konsequenz des diesjährigen Verfahrens sollte künftig aber bereits im Vorfeld das Gespräch mit der Bezirksregierung gesucht werden.

Frau Cziehso betont, dass man die Meinung des Kämmerers teile. Es sei aus ihrer Sicht ein schlechter Stil, dass sich der Regierungspräsident nicht über eine entsprechende Vereinbarung um eine einvernehmliche Lösung mit dem Kreis bemüht habe. Ein solches Vorgehen sei für den Kreis Unna im Umgang mit seinen kreisangehörigen Kommunen selbstverständlich. Bei der hier zu treffenden Entscheidung lasse sich die SPD-Fraktion von praktischen Erwägungen leiten; die anstehenden wichtigen Ausgaben z.B. für die Verbraucherzentrale und vieles mehr würden von einem genehmigten Haushalt abhängen. Deshalb werde ihre Fraktion den Beitrittsbeschluss, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, unterstützen. Es sei allerdings von elementarer Bedeutung, im nächsten Jahr nicht in eine vergleichbare Situation zu geraten.

Herr Goldmann erklärt, dass die Politik im Rahmen der Haushaltsberatungen auf Vorschlag der Verwaltung die Summe der festgesetzten Kreditaufnahme in Höhe von 13,5 Mio Euro beschlossen habe. Zum jetzigen Zeitpunkt könne seine Fraktion die mit der Absenkung des Kreditrahmens verbundenen Konsequenzen auf die sonstigen investiven Maßnahmen im Jahr 2008 nicht einschätzen und halte eine Entscheidungsfindung am heutigen Tage deshalb nicht für opportun. Er benötige zunächst entsprechende Informationen über die konkreten Auswirkungen, die er dann noch fraktionsintern rückkoppeln wolle. Auch wenn eine Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses grundsätzlich möglich sei, befürworte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deshalb gleichwohl eine Sondersitzung des Kreistages.

Für die CDU-Fraktion berichtet Herr Jasperneite, dass man den Beitrittsbeschluss intensiv inhaltlich und auch juristisch beleuchtet habe. Aus seiner Sicht gebe es durchaus Zweifel an der Zulässigkeit eines solchen Dringlichkeitsbeschlusses; auch hätten Mitglieder seiner Fraktion deutlich gemacht, dass sie vor einer Entscheidung entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt haben möchten. Deshalb fordere er den Landrat auf, den Kreistag unter Wahrung der Ladungsfristen unverzüglich zu einer Sondersitzung einzuladen. Mit der CDU-Fraktion werde es einen Beitritt im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls nicht geben.

Herr Senkel betont, dass auch er seine Fraktion bei der Entscheidung mitnehmen wolle. Hierzu fehle ihm im

Moment eine Prioritätenliste, in der die von der Verwaltung mit Blick auf die Absenkung der Kreditaufnahme verbleibenden Auswirkungen dargestellt würden. Erst wenn diese Liste vorliege solle der Kreistag über den Beitritt entscheiden. Weiterhin bittet Herr Senkel die Verwaltung, die Politik künftig umfassend zu informieren. So sei in dem Schreiben des Kämmerers vom vorigen Freitag, mit dem die Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten übersandt worden sei, mit keinem Wort die am selben Tag verhängte haushaltswirtschaftliche Sperre erwähnt worden. Statt dessen müsse man im heutigen Gespräch mit dem Kämmerer nebenbei erfahren, dass dieser eine entsprechende Maßnahme angeordnet habe. Ein solcher Umgang mit den Fraktionen könne doch wohl nicht sein.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist auf die äußerst umfangreiche Information der Kreistagsfraktionen durch die Verwaltung hin und stellt noch einmal fest, dass niemand mit der Entscheidung des Regierungspräsidenten habe rechnen können. Entsprechend habe man sich zunächst verwaltungsintern mit dem Sachverhalt auseinander setzen und die Konsequenzen prüfen müssen. Alle Fachbereiche seien aufgefordert worden, die Auswirkungen der Absenkung für ihre Bereiche zu prüfen. Die entsprechenden Ergebnisse sollten in einem entsprechendem Maßnahmenkatalog dem Budgetbericht beigefügt werden, der in der Septembersitzung von Kreisausschuss und Kreistag politisch bewertet werden solle. Fest stehe, so Herr Kreisdirektor Stratmann weiter, dass ohne einen Beitrittsbeschluss der Kreis weiter in der Übergangswirtschaft bleibe. Sollte es zu einem positiven Beschluss hinsichtlich der Auftragsvergabe für das Feuerwehrservicezentrum im nichtöffentlichen Teil kommen, müsste man notfalls eine Einzelgenehmigung beim Regierungspräsidenten anstreben. Im Rahmen der europaweiten Ausschreibung würden nämlich schon zuschlagsfähige Angebote vorliegen, die sich auch im Kostenrahmen bewegten.

Frau Cziehso erinnert daran, dass es Fristen für die Auftragsvergabe beim Feuerwehrservicezentrum gebe. Jetzt könnte und sollte man die Auftragsvergabe endgültig festzurren. Denn eines stehe fest: Dieses Projekt, das auch die Stadt Unna sowie die Feuerwehr betreffe, dürfe zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr gefährdet werden.

Herr Goldmann schlägt der Verwaltung vor, das Gespräch mit dem Regierungspräsidenten zu suchen, um die Gründe zu erfahren, warum er beim Kreis Unna von der gängigen Praxis abgewichen sei. Er begrüße das Vorgehen der Verwaltung, jetzt intern die Auswirkungen zu eruieren. Für die Politik sei es allerdings wichtig, die Erkenntnisse und Entscheidungen der Verwaltung zu erfahren, um diese diskutieren und entscheiden zu können.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass es für ihn durchaus nachvollziehbar sei, in welcher schwieriger Situation sich die Politik derzeit befinde. Allerdings sei diese Situation nicht durch die Kreisverwaltung, sondern vom Regierungspräsident in Arnberg verursacht worden. Es habe während des Genehmigungsverfahrens Gespräche auf den verschiedensten Ebenen gegeben, ohne dass auch nur ansatzweise mögliche Nebenbestimmungen thematisiert worden seien. Dementsprechend habe man es in der Kürze der Zeit nicht leisten können, die Konsequenzen aus dieser Genehmigungsverfügung für die Politik aufzuarbeiten. Die Verwaltung habe sich schweren Herzens dazu entschlossen, dem Kreistag einen Beitrittsbeschluss im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung vorzuschlagen. Denn nur dann könne man als Kreis politisch und administrativ handlungsfähig bleiben und das nicht nur mit Blick auf Investitionen, sondern auch auf viele andere

Arbeitsbereiche. Er wolle hier exemplarisch die Heimaufsicht, die Verbraucherzentrale oder auch die Frühförderung nennen. Hinsichtlich einer möglichen Einzelfallentscheidung beim Regierungspräsidenten sei er persönlich nicht sehr optimistisch.

Herr Jasperneite betont, dass hinsichtlich der Auftragsvergabe für das Feuerwehrservicezentrums doch wohl Einigkeit im Ausschuss bestehe und man gemeinsam dem Regierungspräsident die Wichtigkeit der Umsetzung deutlich machen solle.

Beschluss

Der Kreisausschuss fasst gem. § 50 Abs. 3 Satz 1 der Kreisordnung NRW folgenden Dringlichkeitsbeschluss:

Die in der Sitzung des Kreistages am 11.03.2008 beschlossene Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008 wird aufgrund der Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung Arnsberg vom 05.08.2008 geändert.

§ 2 der Satzung erhält folgende Fassung:

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt für Investitionen und Investitionsmaßnahmen und im Finanzplan für Investitionsauszahlungen erforderlich ist, wird auf

2.906.300 €

festgesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und des Landrates)

Nach kurzer Diskussion wird auf Vorschlag des Landrates vereinbart, für den 20.08.2008 vorsorglich eine Sondersitzung des Kreistages einzuberufen. Sofern der Regierungspräsident die Auftragsvergaben für das Feuerwehrservicezentrum im Rahmen einer Einzelentscheidung genehmigen sollte, könne dieser Sitzungstermin jederzeit abgesagt werden.

Punkt 3

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Bericht der Verwaltung über die Kostenentwicklung -

Erörterung

Herr Dr. Timpe berichtet, dass man bei der anstehenden Vergabe der Rohbau- und Spezialtiefbauarbeiten die Bindungsfrist von Juli auf den 22. August habe verlängern können. Die über diese Arbeiten hinausgehenden, schon vorliegenden Angebote würden in Summe bei rund 3,7 Mio Euro liegen. Insofern sei er zuversichtlich, den im Grundsatzbeschluss festgelegten Gesamtkostenrahmen von 6 Mio Euro tatsächlich

halten zu können. Zum Zeitablauf sei festzustellen, dass bei einer Vergabe der Aufträge um den 20. August herum eine zeitliche Verzögerung von ca. zwei bis drei Wochen eingeplant werden müsse, so dass man mit einem Ende der Baumaßnahme im November 2009 rechnen könne. Nicht kalkulierbar sei dabei aus seiner Sicht allerdings die saisonale Verschiebung, da beispielsweise die Beton- und Maurerarbeiten durch Frost oder Schlechtwetter weiter verzögert werden könnten. Grundsätzlich wolle er auch darauf hinweisen, so Herr Dr. Timpe, dass vor dem vergaberechtlichen Hintergrund prekäre Situationen durch die europaweite Ausschreibung als öffentlicher Auftraggeber entstehen könnten. Bindungswirkungen könnten nicht beliebig zur Disposition gestellt werden. Denn es könne nicht dauerhaft ausgeschlossen werden, dass potenzielle Auftraggeber Schadensersatzforderungen stellen würden. Letztlich wolle er noch einmal darauf hinweisen, dass es sich hier um eine kombinierte Maßnahme mit der Stadt Unna handle, so dass von allen Entscheidungen, die der Kreis treffe, gleichzeitig auch die Stadt Unna betroffen sei.

Punkt 4

106/08

Masterplan Energie und Klima;

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.07.2008

Erörterung

Herr Landrat Makiolla schlägt vor, die Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zunächst zurück zu stellen, da die Verwaltung einen Bericht zum Klimaschutzprogramm erarbeite. Dieser solle in der kommenden Sitzung des Natur- und Umweltausschusses am 9. September behandelt werden. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, in diesem Zusammenhang auch den Fraktionsantrag zu behandeln und beide gemeinsam im Kreisausschuss am 23. September 2008 zu beraten.

Als Antragsteller erläutert Herr Goldmann den Antrag und weist ergänzend darauf hin, dass der Kreis bislang in seiner Klimapolitik noch nicht so weit sei, wie man es ursprünglich angestrebt habe. Die Vorlage 120/08 - Richtlinien zur Gewährung angemessener Heizkosten - beziffere beispielsweise die Kosten der Unterkunft mit rd. 76 Mio Euro, wobei der Anteil der Heizkosten auf Grundlage des aktuellen Schätzwertes bei etwa 9,1 Mio Euro liege. Die Entwicklung der Kosten könne nicht ermittelt werden, da die Grundlage über den Zustand der Wohngebäude, insbesondere hinsichtlich der Energiesparmaßnahmen, nicht vorhanden sei. Dies zeige doch, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Deshalb sei aus Sicht seiner Fraktion ein Schulterschluss über die kommunale Ebene hinaus mit den in diesem Bereich tätigen Akteuren erforderlich, damit dieses Thema nun endgültig den notwendigen Stellenwert erhalte. Deshalb bitte er um ein Votum der hier vertretenen Fraktionen.

Frau Cziehso unterstützt Herrn Goldmann in seiner Zielsetzung, macht gleichzeitig aber deutlich, dass es ihrer Fraktion aber richtig und sinnvoll erscheine, zunächst den Schlussbericht der Verwaltung abzuwarten. Auch würde man gerne über die Einfügung weiterer Bausteine wie beispielsweise eine Energiekonferenz mit den handelnden Akteuren nachdenken. Ihr scheine der Masterplan Energie und Klima nicht das richtige Instrument, da nicht alle Bereiche der Kompetenz des Kreis Unna unterliegen würden. Zudem müsse man die finanziellen Belastungen durch einen solchen Masterplan diskutieren.

Herr Senkel erklärt für die FDP-Fraktion, dass man den Antrag begrüße und insbesondere den Aspekt der interkommunalen und regionalen Arbeit für wichtig erachte.

Herr Jasperneite teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Auf seinen Vorschlag erklärt Herr Goldmann, dass man den Begriff „des Einsparens von Energie“ in den Antrag aufnehmen werde.

Herr Dr. Timpe bittet die Ausschussmitglieder, eine abschließende Beratung zusammen mit dem Bericht der Verwaltung im September vorzunehmen. So solle auf Grundlage des Berichtes eine Konferenz ausgerichtet werden, zu der sowohl verschiedene Kommunen als auch in diesem Bereich tätige Unternehmen einzuladen wären. Die Intention des Antrages unterstütze er durchaus; mit dem Begriff Masterplan habe er allerdings seine Probleme.

Herr Landrat Makiolla macht deutlich, dass er keine Möglichkeit sehe, den im Beschluss enthaltenen Arbeitsauftrag verwaltungsintern zu erledigen. Es gebe im Hause keine energiewirtschaftliche Kompetenz und man habe nach dem Gesetz auch keine Regelungskompetenz bei energiewirtschaftlichen Fragen. Sollte der Antrag beschlossen werden, werde er den Kreisausschuss in der nächsten Sitzung um die entsprechenden finanziellen Mittel für die Auftragsvergabe an ein Fachinstitut bitten müssen. Mit den kreiseigenen Ressourcen sei die seriöse Erstellung eines Masterplans für das gesamte Kreisgebiet mit einer Bestandsaufnahme und der Festlegung von Zielvorgaben nicht leistbar.

Herr Goldmann betont, dass es sich bei diesem Antrag um ein deutliches politisches Signal handele, über das – unabhängig vom Verwaltungsbericht zum Klimaschutzprogramm - heute abgestimmt werden solle.

Nach intensiver Diskussion ergeht folgender

Beschluss

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, einen **Masterplan Energie und Klima** für den Kreis Unna zu erstellen. In dem Masterplan sollen in interkommunaler und regionaler Abstimmung übergeordnete energieentwicklungspolitische Ziele festgelegt und mit einem Vorrang für erneuerbare Energien sowie für das Einsparen von Energie eine strategische Energieplanung eingeleitet werden.

Die Kreisverwaltung stimmt sich hierzu mit den kreisangehörigen Kommunen ab.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Nein-Stimmen der SPD-Fraktion und des Landrates)

Punkt 5

Genehmigung einer Dienstreise;

Teilnahme von Mitgliedern des Kreistages an einer Informationsreise in der Zeit vom 30. August bis 4. September 2008 nach Nowy Sacz/Polen

- von der Tagesordnung abgesetzt -

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Landeswettbewerb: Neue Fachhochschulstandorte

Herr Dr. Schiebold teilt mit, dass sich der Kreis Unna an dem vom Landesinnovationsministerium ausgeschriebenen Wettbewerb um den Aufbau neuer Fachhochschulen beteiligen werde. Geplant seien insgesamt fünf neue Fachhochschulen mit jeweils 2.500 Studienplätzen. Der Schwerpunkt solle dabei auf den sog. MINT-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – liegen. Das Thema sei in den Städten und Gemeinden diskutiert und in der Bürgermeisterkonferenz beraten worden. Dort habe man den Landrat gebeten, die Federführung für die Bewerbung zu übernehmen. In den vorigen zwei Monaten sei in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der vorgesehenen Standortkommunen Bergkamen, Lünen und Unna ein Konzept mit den Fachbereichen „Stoffstrom- und Infrastrukturmanagement“ sowie „Lichttechnik, Lichtgestaltung und Lichtmanagement“ entwickelt worden. Große Unterstützung gebe es jetzt schon von der heimischen Wirtschaft, die sich in verschiedenster Weise einbringen wolle. Man sei gerade mit der Endfassung des Konzeptes befasst, da Bewerbungsschluss der 15. August sei. Wenn das Konzept vorliege, werde dieses der Politik selbstverständlich zur Kenntnis gegeben.

2. ARGE-Geschäftsführung

Herr Jasperneite teilt mit, dass der bisherige ARGE-Geschäftsführer Herr Diekmännken wohl eine neue Funktion in der Kreisverwaltung übernommen habe. Er fragt an, ob mit diesem Wechsel eine Abberufung als ARGE-Geschäftsführer verbunden sei, wer das beschlossen habe bzw. wann und durch welches Gremium die Abberufung erfolgen werde. Letztlich fragt er an, wann eine Diskussion darüber erfolge, welche wichtige Funktion innerhalb der ARGE-Geschäftsführung wie zu besetzen sei.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass es sich hier um die zweite Geschäftsführerstelle bei der ARGE handle, die eine Stelle der Kreisverwaltung sei und mit einem Beamten besetzt werde. Im Rahmen seiner Personalhoheit habe er Herrn Diekmännken zum neuen Fachbereichsleiter Arbeit und Soziales bestimmt. Dem Lenkungsausschuss habe er Herrn Risse für die Nachfolge in der ARGE-Geschäftsführung vorgeschlagen. Dieser habe nun zu entscheiden, ob er diesen Vorschlag akzeptiere.

Als Vorsitzender des Lenkungsausschusses weist Herr Wiggermann ergänzend darauf hin, dass er nach der Information durch Herrn Landrat Makiolla eine Sondersitzung des Gremiums für die kommende Woche einberufen habe.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

101/08

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna

in Unna

- Vergabe der Rohbau- und Spezialtiefbauarbeiten -

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen